

Stand: 23.02.2026 03:45:58

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/14603

"Lieferkettengesetze schaden bayerischen Unternehmen und helfen niemandem"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/14603 vom 17.03.2021
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/16109 des WI vom 22.04.2021
3. Beschluss des Plenums 18/17433 vom 21.07.2021
4. Plenarprotokoll Nr. 89 vom 21.07.2021



Antrag

der Abgeordneten **Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Martin Böhm, Uli Henkel, Ferdinand Mang, Josef Seidl, Katrin Ebner-Steiner** und **Fraktion (AfD)**

Lieferkettengesetze schaden bayerischen Unternehmen und helfen niemandem

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

- sich auf Bundesebene gegen das geplante Lieferkettengesetz¹ zu positionieren,
- sich auf Bundes- und EU-Ebene gegen eine geplante EU-Gesetzgebung zur unternehmerischen Rechenschaftspflicht² zu positionieren,
- auf allen Ebenen eine fachliche Diskussion über potenzielle multilaterale Maßnahmen anzuregen, über die man die Regierungen der Lieferländer dazu zu bringen kann, international anerkannte soziale und ökologische Mindeststandards de facto umzusetzen.

Begründung:

Die Einhaltung von sozialen und ökologischen Mindeststandards ist eine wichtige Aufgabe der sozialen Marktwirtschaft. Im Inland steht dies der regulierenden Rolle des staatlichen Ordnungsrechts zu.³ Aber auf globaler Ebene kann dieses „öffentliche Gut“ am besten über zwischenstaatliche Beziehungen erreicht werden. Hier anzusetzen schützt Menschen- bzw. Arbeitnehmerrechte und die Umwelt mehr als ein nationaler oder regionaler (EU-)Ansatz.

Die Bundesregierung und die Europäische Kommission planen die Einführung von Lieferkettengesetzen, wonach auch bayerische Unternehmen zur Rechenschaft gezogen, haftbar gemacht sowie mit Geldstrafen belegt werden können, wenn sie innerhalb ihrer Wertschöpfungsketten Kinder-, Menschen- und Arbeitnehmerrechte sowie Umweltstandards missachten oder dazu beitragen.⁴

Jedoch birgt dieser Ansatz nach Meinung führender Wirtschaftsforschungsinstitute (z. B. Institut für Weltwirtschaft – IfW Kiel, Institut der deutschen Wirtschaft – IW Köln) und Wirtschaftsverbände (z. B. Bundesverband der Deutschen Industrie – BDI, Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände – BDA, Deutscher Industrie- und Handelskammertag – DIHK)⁵ erhebliche Nachteile mit sich und wird den umgekehrten Effekt erwirken. Eine Lieferkettengesetzgebung auf nationaler und EU-Ebene

¹ BMZ (2021). Lieferkettengesetz. URL: <https://www.bmz.de/de/themen/lieferkettengesetz/index.html>

² European Parliament (2021). MEPs: Hold companies accountable for harm caused to people and planet. URL: <https://www.europarl.europa.eu/news/en/press-room/20210122IPR96215/meps-hold-companies-accountable-for-harm-caused-to-people-and-planet>

³ Eucken, W. (1952). Grundsätze der Wirtschaftspolitik. Freiburg

⁴ Kolev G., Neligan A. (2021). Nachhaltigkeit in Lieferketten. IW Köln. URL: https://www.iwkoeln.de/fileadmin/user_upload/Studien/policy_papers/PDF/2021/IW-Policy-Paper_2021-Lieferketten-Nachhaltigkeit.pdf

⁵ Gemeinsame Pressemitteilung von BDI, BDA und DIHK anlässlich der Diskussion um ein nationales Lieferkettengesetz (2021). URL: <https://bdi.eu/artikel/news/gemeinsame-pm-von-bdi-bda-und-dihk-anlaesslich-der-diskussion-um-ein-nationales-lieferkettengesetz/>

- ist teilweise unnötig, da viele bayerische Unternehmen bereits längst in ihrer korporativen Unternehmenspolitik soziale und ökologische Sorgfaltspflichten freiwillig umsetzen und somit zur lokalen Nachhaltigkeit in den Lieferländern beitragen.⁶
- ist praktisch nicht einhaltbar, da moderne internationale Lieferketten extrem komplex sind.⁷
- wird bayerische Unternehmen mit noch mehr bürokratischen Auflagen belasten.⁸
- wird Vorleistungen für und somit die Endprodukte von bayerischen Unternehmen verteuern.
- wird dazu führen, dass betroffene bayerische und deutsche Unternehmen sich aus Schwellen- und Entwicklungsländern zurückziehen werden und somit nicht nur die internationale Konkurrenzfähigkeit bayerischer Unternehmen, sondern auch den Wohlstand in Bayern verringern.⁹
- wird dazu führen, dass Unternehmen aus anderen Teilen der Welt, wo Menschen- und Arbeitsrechte sowie der Umweltschutz einen viel geringeren Stellenwert haben, z. B. China, die freigewordene Stelle zurückgezogener bayerischer und deutscher Unternehmen einnehmen werden.
- wird Arbeitnehmer (darunter auch Kinder) in Lieferländern in noch schlechtere Arbeitsverhältnisse des informellen Wirtschaftssektors abdrängen, die nicht im Rahmen internationaler Lieferketten bestehen, z. B. dem Bergbau und der Prostitution.¹⁰
- wird den, dank deutscher Wertschöpfungsketten, erreichten Wohlstandszuwachs vieler Schwellen- und Entwicklungsländer wieder reduzieren.

Das Problem ist nicht, dass bayerische Unternehmen vermeintlich die Lücken im Gesetz und in der Gerichtsbarkeit in den entsprechenden Ländern ausnutzen, sondern das Problem sind die Lücken selbst. Denn viele Schwellen- und Entwicklungsländer haben formell Schutzkonventionen im Kinder-, Arbeits-, Menschen- und Umweltrecht ratifiziert, bisher aber nicht umgesetzt. Daher sollten auch bayerische Unternehmen nicht die Last für eine unzulängliche Sozial- und Umweltpolitik dieser Länder tragen.

Stattdessen sollten Deutschland und die EU auf maximal multilateraler Ebene, z. B. die WTO (Welthandelsorganisation; Artikel XX GATT – Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen), ILO-Konventionen (Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation) und OECD-Leitsätze (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung), über die Ankündigung von reduzierter Entwicklungshilfe und potenziellen Sanktionen, z. B. über Negativlisten nach Vorbild der USA, die Regierungen der Lieferländer dazu zu bringen, international anerkannte soziale und ökologische Mindeststandards de facto umzusetzen.¹¹

⁶ IW Köln (2015). Nachhaltigkeit durch Präsenz. Beiträge deutscher Unternehmen zur nachhaltigen Entwicklung an internationalen Standorten. URL: <https://www.iwconsult.de/aktuelles/projekte/nachhaltigkeit-durch-praesenz>

⁷ IfW Kiel (2021). Lieferketten in der Zeit nach Corona. URL: <https://www.ifw-kiel.de/de/publikationen/policy-papers/2021/lieferketten-in-der-zeit-nach-corona-0/>

⁸ vbw (2021). Pressemitteilung zum Lieferkettengesetz: vbw begrüßt Erleichterungen, hält Gesetz dennoch für überflüssig. URL: <https://www.vbw-bayern.de/vbw/PresseCenter/vbw-Pressemitteilung-zum-Lieferkettengesetz-vbw-begr%C3%BC%C3%9Ft-Erleichterungen-h%C3%A4lt-Gesetz-dennoch-f%C3%BCr-%C3%BCberfl%C3%BCssig.jsp>

⁹ Flach L., Steininger M. (2020). Neustart der Industrie unter dem Einfluss von Covid-19: Wie bereit ist die globale Lieferkette? ifo Institut. URL: https://www.ifo.de/DocDL/sd-2020-07-flach-steininger-corona-globalisierung_0.pdf

¹⁰ Felbermayr G. (2021). Lieferkettengesetz belastet die Falschen, Entschärfung ist sinnvoll. IfW Kiel. URL: <https://www.ifw-kiel.de/de/media-pages/news-ext-links/2021/lieferkettengesetz-belastet-die-falschen-entschaerfung-ist-sinnvoll/>

¹¹ Langhammer R. (2021). Zum Lieferkettengesetz gibt es bessere Alternativen. IfW Kiel. URL: <https://www.ifw-kiel.de/de/publikationen/kiel-focus/2021/zum-lieferkettengesetz-gibt-es-bessere-alternativen-0/>



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

**Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Martin Böhm u.a.
und Fraktion (AfD)**
Drs. 18/14603

Lieferkettengesetze schaden bayerischen Unternehmen und helfen niemandem

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Gerd Mannes**
Mitberichterstatter: **Manfred Eibl**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 39. Sitzung am 22. April 2021 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Ablehnung
 - B90/GRÜ: Ablehnung
 - FREIE WÄHLER: Ablehnung
 - AfD: Zustimmung
 - SPD: Ablehnung
 - FDP: AblehnungAblehnung empfohlen.

Sandro Kirchner
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Martin Böhm, Uli Henkel, Ferdinand Mang, Josef Seidl, Katrin Ebner-Steiner** und **Fraktion (AfD)**

Drs. 18/14603, 18/16109

Lieferkettengesetze schaden bayerischen Unternehmen und helfen niemandem

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch

Abg. Gerd Mannes

Abg. Sandro Kirchner

Abg. Hep Monatzeder

Abg. Manfred Eibl

Abg. Diana Stachowitz

Abg. Albert Duin

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Ich rufe nun den **Tagesordnungspunkt 59** auf:

Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)

Lieferkettengesetze schaden bayerischen Unternehmen und helfen niemandem (Drs. 18/14603)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt 32 Minuten. Erster Redner ist Gerd Mannes von der AfD-Fraktion. – Bitte.

(Beifall bei der AfD)

Gerd Mannes (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren! Die Wahrung von sozialen und ökologischen Standards in Wertschöpfungsketten ist eine elementare Aufgabe der sozialen Marktwirtschaft. In Deutschland sorgen Ordnungsämter, Umweltbehörden oder der Zoll dafür, dass die Gesetze im Inland eingehalten werden. Auf globaler Ebene ist diese Überwachung bedeutend komplexer. Die Bundesregierung hat mit dem Lieferkettengesetz einen Vorstoß gewagt, um diese Lücke zu schließen. Doch leider schießt man in Berlin, wie so oft, weit über das Ziel hinaus.

Das Lieferkettengesetz stellt mittelfristig eine weitere Bedrohung für unsere heimische Wirtschaft und insbesondere für unseren Mittelstand dar. Zwar gelten die Vorgaben zunächst nur für Unternehmen mit über 3.000 Mitarbeitern, doch wird diese Schwelle mit jedem Jahr abgesenkt. Die Wettbewerbsfähigkeit wird damit weiter geschwächt. Ohnehin haben kleine Betriebe nicht die Kapazität, um komplexe globale Lieferketten zu überwachen. Das ist unser wesentlicher Kritikpunkt am Lieferkettengesetz.

Doch das Gesetz enthält weitere Schwächen und Widersprüche, die wir hier ansprechen müssen. Wie beim sogenannten Klimaschutz nützen nationale Alleingänge auch bei Umwelt- und Sozialstandards nichts; denn wenn ein deutsches Unternehmen aufgrund der zusätzlichen Auflagen teurer produzieren muss, dann freuen sich vor allem

Wettbewerber im Ausland. Solange also nicht weltweit ähnliche Standards eingeführt werden, benachteiligt das Lieferkettengesetz die deutsche Wirtschaft. Gleichzeitig sorgt es dafür, dass sich die Produktion in Länder mit geringeren Standards verlagert. Damit erzielt das Lieferkettengesetz den exakt gegenteiligen Effekt. Führende Wirtschaftsforschungsinstitute wie zum Beispiel das IfW Kiel und das IW Köln sowie Wirtschaftsverbände wie der BDI teilen diese Bedenken. Das Lieferkettengesetz ist also der falsche Weg, weil es die Verantwortung einseitig auf die Unternehmen abwälzt.

Aus Sicht der AfD wäre es richtiger, die Bundesregierung und auch die EU für die Durchsetzung von Mindeststandards in Exportländern heranzuziehen. Deutschland und die EU sollten ihren Einfluss auf multilateraler Ebene über die WTO und die OECD geltend machen. Man muss auf politischer Ebene Druck auf die Zulieferstaaten aufbauen, um diese Standards flächendeckend umzusetzen. Über den Hebel von Entwicklungshilfe und über Sanktionen kann erreicht werden, dass Zulieferstaaten Kinderarbeit verhindern und die Umwelt schützen. Ebenfalls denkbar wäre hier die Einführung von Negativlisten, wie es die USA bereits seit Jahrzehnten praktizieren. Deutschland hat das Gewicht in der Weltwirtschaft und kann seinen Einfluss hier auf multilateraler Ebene geltend machen. Wir bitten um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei der AfD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke. – Als nächsten Redner rufe ich Herrn Sandro Kirchner von der CSU-Fraktion auf.

Sandro Kirchner (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Wir erinnern uns zurück: Das Lieferkettengesetz steht in engem Zusammenhang mit dem Nationalen Aktionsplan "Wirtschaft und Menschenrechte", den Deutschland 2016 beschlossen hat. Damit stellt sich nicht die Frage, ob es ein Lieferkettengesetz gibt, sondern wie dieses Lieferkettengesetz jetzt auf der Bundesebene und in der Folge natürlich auch auf der EU-Ebene ausgestaltet ist.

Wir als CSU haben uns in der Vergangenheit schon kritisch damit auseinandergesetzt und auch sehr viele Punkte angemahnt: dass das Gesetz mittelstandsfreundlich, verhältnismäßig, rechtsklar, rechtssicher, vor allem aber auch praktikabel sein muss. Aber Bayern hat mit zahlreichen Initiativen auf der Bundesratsebene eben keinen Erfolg gehabt, weil es keine Unterstützung aus den anderen Bundesländern gegeben hat und damit diese Verbesserungen nicht eingeflossen sind. Das Gesetz ist am 11.06. im Bundestag verabschiedet und am 25.06. im Bundesrat gebilligt worden und tritt 2023 in Kraft. Damit ist dieser Drops erst mal gelutscht, und wie immer hängt die AfD der Situation hinterher.

Auch auf der EU-Ebene wird sich Bayern sehr einsetzen, weil es noch offene juristische Fragen gibt. Der Entwurf auf der EU-Ebene wird noch in diesem Jahr kommen. Wir hoffen, dass mit einer neuen Richtlinie natürlich dann das eine oder andere noch angepasst werden kann und gewisse Dinge noch geglättet werden können. Aber Fakt ist, dass das Lieferkettengesetz so gestaltet sein muss, dass es deutsche und europäische Länder – ich sage einmal – so behandelt, dass sie sich nicht aus Entwicklungsländern zurückziehen. Das wäre kontraproduktiv, wenn man die Menschenrechte schützen und die Situation verbessern möchte. Der Idealfall ist eine Vereinbarung auf der WTO-Ebene. Aber wir sind schon zufrieden, wenn wir einen Gleichklang auf der EU-Ebene schaffen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke, Herr Kirchner. – Nächster Redner – –

(Gerd Mannes (AfD): Nein!)

Wir haben eine Zwischenbemerkung. Pardon, das habe ich vergessen. – Herr Gerd Mannes, bitte.

Gerd Mannes (AfD): Jetzt muss ich doch nachfragen. Vielleicht noch einmal eine Bemerkung: Es ist nicht unsere Schuld, wenn die Anträge so lange liegen bleiben. Die Anträge wollen wir jetzt schon noch einmal besprechen. Es wurde ja richtig gesagt, dass die CSU-Landtagsfraktion im September auf einer Arbeitstagung folgenden Beschluss gefasst hat: "Sonderauflagen zum Nachteil deutscher Unternehmen, wie zum Beispiel das [...] Lieferkettengesetz, passen nicht in die schwierige gesamtwirtschaftliche Situation und sind, wie auch weitere Auflagen, die unseren Wirtschaftsstandort schwächen, zu unterlassen." – Das ist vom September 2020.

Aber was du gesagt hast, dass eine Veränderung von Bayern aus versucht wurde, stimmt nicht; denn die CSU-Bundestagsfraktion hat im Wesentlichen, bis auf wenige Ausnahmen, diesem Gesetz zugestimmt. Jetzt frage ich mich natürlich: Seid ihr hier im Landtag ein Papiertiger, oder warum haben eure Kollegen im Bundestag der Ausführung widersprochen, die du jetzt hier gerade gemacht hast?

Sandro Kirchner (CSU): Ich habe mal im Sozialkundeunterricht gelernt, wo welche Kompetenzen und Zuständigkeiten gegeben sind. Wenn eine Fraktion einen Antrag im Bayerischen Landtag stellt, dann wird er im Bayerischen Landtag behandelt, und dort sind die Kompetenzen zu beachten. Sie sind genauso dargestellt, wie ich sie hier abgebildet habe.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank. – Der nächste Redner ist Hep Monatzeder für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Hep Monatzeder (GRÜNE): Herr Vizepräsident, Kolleginnen und Kollegen! Das war heute wieder eine echte Leistungsschau der AfD. Mit diesem Antrag zum Lieferkettengesetz macht sie genauso weiter.

Herren von der AfD, Sie hätten den Antrag eigentlich zurückziehen müssen, um uns die Zeit zu ersparen; denn Ihr Antrag ist mittlerweile vollkommen obsolet geworden. Die Bundesregierung hat ein Lieferkettengesetz beschlossen, und auf europäischer Ebene wird an einem Lieferkettengesetz für die gesamte Europäische Union gearbei-

tet. Wir können uns heute also darüber unterhalten, ob das Lieferkettengesetz, das die Bundesregierung beschlossen hat, tatsächlich Kinderarbeit verhindert und ob es die Einhaltung der Sozial- und Umweltstandards garantiert. Wir können auch darüber sprechen, wie ein europäisches Lieferkettengesetz aussehen müsste, um diese Anforderungen zu erfüllen. Das vom Bundestag verabschiedete Gesetz ist nicht geeignet, Kinderarbeit, Sozial- und Umweltdumping zu verhindern. Das ist nicht allein die Meinung der GRÜNEN, sondern das ist die Meinung aller NGOs und Institutionen, die dafür gekämpft haben, dass es in der Bundesrepublik endlich ein Lieferkettengesetz gibt.

Um wirksam zu sein, müsste es zwingend folgende Elemente enthalten: Erstens eine zivile Haftung für Unternehmen, zweitens den Einbezug von eigenständigen umweltbezogenen Sorgfaltspflichten neben den sozialen und menschenrechtlichen, drittens eine wirksame Sanktion bei Verstößen und natürlich viertens Klagemöglichkeiten der Opfer von Umweltzerstörungen und Menschenrechtsverletzungen in Drittländern vor deutschen Gerichten. Fehlt eines dieser Elemente, haben wir am Ende einen zahmen Papiertiger, der tatsächlich nur Aufwand ohne Nutzen produziert.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, darüber sollten wir vor allen Dingen im Zusammenhang mit dem Gesetzentwurf auf europäischer Ebene wirklich diskutieren; denn auch die Nationalstaaten sind gefragt, ihren Beitrag zu leisten. Ich denke, diese Diskussion sollten und werden wir führen. Ich werde sie gerne mit Ihnen führen. Dabei schaue ich aber nur die Fraktionen von links bis hierher an. Mit der AfD würde ich diese Diskussion nicht führen wollen, weil es nämlich natürlich vollkommen sinnlos ist, mit Ihnen diese Diskussion zu führen.

Die inhaltliche Dürftigkeit Ihrer Anträge ist uns ja zur Genüge bekannt. Aber ein Antrag wie dieser, der in zynischer und verantwortungsloser Weise darauf verweist, dass die Lieferländer selbst für die Einhaltung der Menschenrechte und der Sozial- und Umweltstandards sorgen sollen, sagt nichts anderes aus, als dass diese Länder selber schuld daran sind, wenn ihre Böden verseucht, die Umwelt zerstört oder ihre Kinder

ausgebeutet werden. Kolleginnen und Kollegen, auf so eine Diskussionsebene werden wir uns mit Sicherheit nicht begeben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deshalb sage ich: Ein Lieferkettengesetz ist wichtig und richtig, weil wir es nicht länger hinnehmen können, dass Unternehmen und Konzerne diese Standards unterlaufen und auf Kosten der Menschen und der Umwelt unangetastet ihre Geschäfte machen. Ich sage es noch mal: Über die Ausgestaltung eines solchen Gesetzes lässt sich trefflich streiten, aber nicht mit der AfD. Deswegen werden wir ihren Antrag natürlich ablehnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke schön, Herr Monatzeder. – Als nächsten Redner rufe ich Manfred Eibl für die Fraktion der FREIEN WÄHLER auf.

Manfred Eibl (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Schutz von Menschenrechten sowie die Einhaltung menschlicher Sorgfaltspflicht der Unternehmer ist der Fraktion der FREIEN WÄHLER ein absolutes, ich darf fast sagen, elementares Bedürfnis und Anliegen. Es geht in diesem Fall auch nicht mehr darum, ein Lieferkettengesetz, ob auf deutscher oder auf EU-Ebene, per se abzulehnen. Die politische Diskussion diesbezüglich ist weit fortgeschritten. Die Regelung ist auf nationaler Ebene ohne die Berücksichtigung der Anliegen der bayerischen Staatsministerien und der Bayerischen Staatsregierung zur Nachbesserung gebilligt worden.

Aktuell setzt sich die Staatsregierung dafür ein, dass ein EU-Lieferkettengesetz mittelstandsfreundlich, verhältnismäßig, rechtssicher und vor allem praktikabel ausgestaltet wird. Dennoch teilen wir das Grundanliegen des Gesetzgebungsansatzes bei Lieferketten und hier insbesondere eine stärkere Berücksichtigung der international anerkannten Menschenrechte.

Wie auch zahlreichen Wirtschaftsorganisationen war uns – und vor allem dem Wirtschaftsministerium – die Aussicht einer inhaltlichen Verbesserung sehr wichtig, um das Ganze sehr mittelstandsfreundlich auszugestalten. Vor allem war uns wichtig, dass sich deutsche Unternehmen nicht aus Entwicklungsländern zurückziehen.

Staatsminister Aiwanger hat diesbezüglich im Wirtschaftsausschuss des Bundesrates einen Antrag eingebracht, der in seinen Punkten leider nicht berücksichtigt wurde. Unser Ansatz bleibt dahin gehend bestehen, nämlich eine weltweit einheitliche Regelung im Rahmen der WTO zu schaffen. Doch die Aussichten sind als überschaubar einzustufen.

Darum geht unser Ansatz, einheitliche Regelungen am Erfolgsversprechen zu messen, über die Ebene der EU, um Wettbewerbsnachteile für deutsche Unternehmen zu vermeiden; denn aktuell gehen die vom EU-Parlament geäußerten Vorstellungen für ein EU-Lieferkettengesetz noch weit über das deutsche Lieferkettengesetz hinaus. Auch die Kammern und Verbände wenden sich nicht per se gegen diese gesetzliche Regelung, sondern sie fordern hier wie auch wir eine Ausgewogenheit und ein angemessenes Ergebnis. Wir lehnen den Antrag der AfD ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Eibl, bleiben Sie bitte noch am Mikrofon. – Es gibt eine Zwischenbemerkung vom Abgeordneten Gerd Mannes. Bitte schön.

Gerd Mannes (AfD): Herr Eibl, Sie haben eingestanden, dass die FREIEN WÄHLER ein Steigbügelhalter sind, weil sie das entgegen ihrer eigenen Überzeugung und ihren Anträgen, die abgelehnt wurden, doch akzeptiert haben.

Sie sind zur Frage nicht konkret geworden. Was wollt ihr FREIEN WÄHLER konkret unternehmen, um den bayerischen Mittelstand vor weiteren Belastungen, die ja am Horizont stehen, zu schützen? Was wollt ihr durch die Ausweitung des Lieferkettenge-

setzes, das auf europäischer Ebene noch diskutiert wird, für den bayerischen Mittelstand tun?

Manfred Eibl (FREIE WÄHLER): Ich verwehre mich gegen den Begriff Steigbügelhalter. Wir befinden uns in einem demokratischen System, in dem wir mit allen uns zur Verfügung stehenden Möglichkeiten versuchen, das Bestmögliche zu erreichen. Ich habe Ihnen aufgezeigt, dass große Initiativen der Staatsregierung, insbesondere des bayerischen Wirtschaftsministers, dahin gehend gelaufen sind. Wenn man sich nicht durchsetzen kann, muss man das auch akzeptieren. Wir werden aber nicht müde werden, unsere Anliegen im Sinne der Wirtschaft auch immer wieder vorzubringen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank. – Die nächste Rednerin ist Frau Diana Stachowitz für die SPD-Fraktion.

Diana Stachowitz (SPD): Lieferkettengesetze, liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Herr Vizepräsident, schaden bayerischen Unternehmen und helfen niemandem? – Sie helfen 160 Millionen Kindern. In den letzten vier Jahren haben wir eine Steigerung der Zahlen von 8,4 Millionen Kindern in Kinderarbeit auf 160 Millionen. Und Sie sagen, es nutzt niemandem? – Ja, Sie tragen wahrscheinlich alle keinen weiß-blauen Strampler, aber ich sage Ihnen, das ist mehr als zynisch. Außerdem sagt mehr als die Mehrheit der Deutschen, sie will keine Produkte mehr haben, die katastrophale Umweltzerstörungen auslösen, Sklavenarbeit als Bedingung haben oder Hungerlöhne.

(Beifall bei der SPD)

Laut einer Umfrage vom September 2020 wollen drei von vier Deutschen ein Lieferkettengesetz. Die SPD hätte, das sage ich ganz offen, gerne noch mehr im Lieferkettengesetz gehabt, aber die FREIEN WÄHLER wissen, was eine Koalition bedeutet: Da muss man manchmal Kompromisse machen, das ist in einer Demokratie so. Trotzdem haben wir aber den Grundstein dafür gelegt, dass wir weltweit faire Löhne haben. Die

Wirtschaft muss weltweit betrachtet werden. Deutschland allein, Bayern allein kann das nicht, deshalb sind wir froh, dass es hier auf europäischer Ebene weitergeht. Wir werden dafür kämpfen, dass es weltweit vernünftige Arbeitsbedingungen geben wird.

Das Klimagesetz auf europäischer Ebene hat deutlich gemacht, was man alles erreichen kann, damit ein Wettbewerb hergestellt wird, damit wir wirklich einen Beitrag dazu leisten und die Verantwortung übernehmen. Olaf Scholz hat auch gezeigt, was man mit einer Mindestbesteuerung von 15 % machen kann, und zwar international. Auch da hat er etwas erreicht, weil wir national und europäisch vorgestoßen sind. Deswegen sage ich: Die bayerische Wirtschaft, die deutsche Wirtschaft wird nur davon profitieren, wenn wir die Wirtschaft global sehen. Das haben Sie aber leider nicht im Sinn. Sie wollen vielmehr Ängste auslösen, die gar nicht berechtigt sind. Wir lehnen Ihren Antrag deshalb ab. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke, Frau Stachowitz. – Der nächste Redner ist Albert Duin von der FDP-Fraktion.

Albert Duin (FDP): Verehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir reden hier über verschüttete Milch; denn das Ding ist verabschiedet. Da drin steht "gegen das geplante Lieferkettengesetz". – Warum reden wir hier überhaupt so lange? Der Kas` ist bissn! Was soll der Blödsinn? Ablehnen!

(Lebhafter allgemeiner Beifall)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Sehr geehrter Herr Abgeordneter Duin, würden Sie trotzdem noch einmal an das Rednerpult kommen?

(Beifall und Heiterkeit)

Das war ein Fotofinishing, aber Sie haben selbstverständlich das Recht, Herr Abgeordneter Mannes, noch eine Frage zu stellen.

Gerd Mannes (AfD): Ich habe es vorhin gesagt, es ist nicht unsere Schuld, dass der Antrag so lange liegen geblieben ist. Das ist Punkt eins. Punkt zwei: Du weißt ganz genau, dass das noch einmal auf den Tisch kommt.

(Zuruf)

– Doch. Hältst Du nationale Alleingänge bei Lieferkettengesetzen für sinnvoll?

Albert Duin (FDP): Das spielt keine Rolle!

Gerd Mannes (AfD): Doch. Wem nützt das, wenn durch nationale Lieferkettengesetze die Produktion in Regionen verlagert wird, wo noch niedrigere Umwelt- und Menschenrechtsstandards gelten? Das will ich einmal von dir wissen. Da machst du eine Antwort.

Albert Duin (FDP): Ich muss mich nicht vor dir rechtfertigen. Generell ist es so: Wir sind eine starke Wirtschaftsnation. Selbstverständlich geben wir in gewisser Weise etwas für die Welt vor. Auch ich bin mit vielem nicht einverstanden, was in dem Lieferkettengesetz drinsteht. Aber, wie gesagt, in diesem Antrag steht: "das geplante Lieferkettengesetz". – Der Kas` ist bissn.

(Unruhe – Allgemeiner Beifall)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke schön.

(Zuruf)

– Nein, keine weiteren Zwischenbemerkungen. Es gibt auch keine weiteren Redner. Damit komme ich zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Wie bekannt gegeben, nehmen wir jetzt eine namentliche Abstimmung vor. Ich bitte Sie, abzustimmen.

(Namentliche Abstimmung von 22:24 bis 22:27 Uhr)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Abstimmungszeit ist um. Die Abstimmung ist beendet. Das Ergebnis gebe ich später bekannt.

Jetzt gebe ich aber das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Antrag der Abgeordneten Jan Schiffers, Christian Klingen, Dr. Anne Cyron und anderer (AfD) betreffend "Wohnraum schaffen – ungenutzte Gebäude des ANKER-Zentrums Bamberg freigeben", Drucksache 18/14167, bekannt. Mit Ja haben 10 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 94. Stimmenthaltungen: ein Abgeordneter oder eine Abgeordnete. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 6)

(...)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Lieferkettengesetze schaden bayerischen Unternehmen und helfen niemandem", Drucksache 18/14603, bekannt: Mit Ja haben 12 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 91. Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 7)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 22.07.2021 zu Tagesordnungspunkt 59: Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion AfD; Lieferkettengesetze schaden bayerischen Unternehmen und helfen niemandem (Drucksache 18/14603)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus			
Adjei Benjamin			
Aigner Ilse			
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst			
Aures Inge		X	
Bachhuber Martin			
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter			
Bauer Volker			
Baumgärtner Jürgen			
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bayerbach Markus			
Becher Johannes		X	
Becker Barbara		X	
Beißwenger Eric		X	
Bergmüller Franz	X		
Blume Markus			
Böhm Martin	X		
Bozoglu Cemal		X	
Brandl Alfons		X	
Brannekämper Robert			
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von Brunn Florian			
Dr. Büchler Markus		X	
Busch Michael			
Celina Kerstin			
Dr. Cyron Anne			
Deisenhofer Maximilian			
Demirel Gülseren		X	
Dorow Alex		X	
Dremel Holger		X	
Dünkel Norbert		X	
Duin Albert		X	
Ebner-Steiner Katrin			
Eck Gerhard			
Eibl Manfred		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Eisenreich Georg			
Enders Susann		X	
Englhuber Matthias			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Fackler Wolfgang			
Dr. Faltermeier Hubert			
Fehlner Martina			
Fischbach Matthias		X	
Flierl Alexander		X	
Flisek Christian			
Franke Anne		X	
Freller Karl			
Friedl Hans			
Friedl Patrick		X	
Fuchs Barbara			
Füracker Albert			
Ganserer Tessa			
Gehring Thomas			
Gerlach Judith			
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			
Gotthardt Tobias		X	
Gottstein Eva			
Graupner Richard			
Grob Alfred		X	
Güller Harald		X	
Guttenberger Petra		X	
Häusler Johann		X	
Hagen Martin		X	
Prof. Dr. Hahn Ingo	X		
Halbleib Volkmar		X	
Hanisch Joachim			
Hartmann Ludwig		X	
Hauber Wolfgang		X	
Haubrich Christina			
Henkel Uli			
Herold Hans			
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold			
Dr. Heubisch Wolfgang		X	
Hierneis Christian			
Hiersemann Alexandra			
Hintersberger Johannes			
Högl Petra			
Hofmann Michael			
Hold Alexander		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Holetschek Klaus			
Dr. Hopp Gerhard		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas			
Huml Melanie			
Jäckel Andreas		X	
Dr. Kaltenhauser Helmut		X	
Kaniber Michaela			
Karl Annette		X	
Kirchner Sandro		X	
Klingen Christian	X		
Knoblach Paul		X	
Köhler Claudia			
König Alexander		X	
Körber Sebastian			
Kohler Jochen		X	
Kohnen Natascha			
Krahl Andreas			
Kraus Nikolaus			
Kreuzer Thomas			
Kühn Harald			
Kurz Susanne			
Ländner Manfred		X	
Lettenbauer Eva			
Löw Stefan			
Dr. Loibl Petra		X	
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland	X		
Maier Christoph			
Mang Ferdinand	X		
Mannes Gerd	X		
Markwort Helmut		X	
Dr. Mehring Fabian		X	
Dr. Merk Beate			
Miskowitsch Benjamin			
Mistol Jürgen			
Mittag Martin		X	
Monatzeder Hep			
Dr. Müller Ralph			
Müller Ruth		X	
Muthmann Alexander			
Nussel Walter		X	
Dr. Oetzing Stephan		X	
Osgyan Verena		X	
Pargent Tim		X	
Prof. Dr. Piazolo Michael			
Pittner Gerald		X	
Plenk Markus	X		
Pohl Bernhard		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pschierer Franz Josef			
Radler Kerstin			
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris		X	
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz	X		
Rinderspacher Markus		X	
Ritter Florian			
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin			
Sandt Julika			
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas			
Scharf Ulrike			
Schiffers Jan	X		
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi			
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin			
Schuberl Toni			
Schuhknecht Stephanie		X	
Schulze Katharina			
Schuster Stefan			
Schwab Thorsten		X	
Schwamberger Anna		X	
Dr. Schwartz Harald			
Seidenath Bernhard		X	
Seidl Josef			
Sengl Gisela			
Sibler Bernd			
Siekmann Florian			
Singer Ulrich	X		
Skutella Christoph		X	
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula		X	
Dr. Spaenle Ludwig			
Dr. Spitzer Dominik			
Stachowitz Diana		X	
Stadler Ralf	X		
Steinberger Rosi			
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia			
Stöttner Klaus			
Stolz Anna			
Straub Karl			
Streibl Florian			
Dr. Strohmayer Simone		X	
Stümpfig Martin		X	
Swoboda Raimund			
Tasdelen Arif		X	
Taubeneder Walter		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina			
Triebel Gabriele		X	
Urban Hans		X	
Vogel Steffen		X	
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth			
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Dr. Weigand Sabine		X	
Weigert Roland		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit		X	
Winhart Andreas			
Winter Georg		X	
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno			
Zwanziger Christian		X	
Gesamtsumme	12	91	0